

ersch. wöchentlich einmal: Freitag. Preis: Die fünfgehaltene Heftzahl 40 Pf. Für die Ortsvereine 10 Pf. Im Abonnement nach Vereinbarung. Verlag der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement vierteljährlich 1.- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition. Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste. Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

ersch. wöchentlich einmal: Freitag. Preis: Die fünfgehaltene Heftzahl 40 Pf. Für die Ortsvereine 10 Pf. Im Abonnement nach Vereinbarung. Verlag der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement vierteljährlich 1.- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition. Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste. Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 15 Berlin, den 10. April 1914 25. Jahrg.

Fernsprech - Amt Königshdt, 4720 Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223, Geldsendungen an W. Zieffe, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren. Fernsprech - Amt Königshdt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Auferstehung. — Zur Arbeitsnachweisfrage in Lübeck und Leipzig. — Was die Stadt Berlin an Armenlasten aufzubringen hat. — Urteile deutscher Arbeiter über England. — Unerquickliche Vorgänge im sozialdemokratischen Holzarbeiterverband Rüststelle Hamburg. — Der staatliche Steuerkommissar. — Rundschau: Die Werkvereine Berliner Richtung. „Streng vertraulich.“ Wie die sozialdemokratischen Werber während der „Roten Woche“ gearbeitet haben. — Feuilleton: Das Holz in der Geschichte des Kunstgewerbes. — Aus den Ortsvereinen: Küssbach, Kaiserlautern. Bezirk Süddeutschland. — Lohnbewegung. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Zur Aushilfe. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Auferstehung.

Seit jenem Tage, an dem auf Golgatha die damaligen römischen Machthaber den Tempel Gottes niederrissen und er gegen ihren Willen in drei Tagen für dauernde Zeiten wieder neu erstand, feiert die gesamte Christenheit das Osterfest. „Christ ist erstanden“, erklingt es auch heute aus Kirchen und Kapellen.

Eine weise Einrichtung, daß zur Zeit der Auferstehung auch die Natur aus ihrem winterlichen Schlafe erwacht und das erste junge Grün das Menschenauge erfreut. Mit dem Erwachen der Natur und der wärmenden Frühlingssonne zieht auch neues Hoffen in die Brust des Menschen ein, neues Hoffen auf bessere Zeiten, als sie der mit mancherlei Unannehmlichkeiten verbundene Winter für viele Menschen hinterlassen hat.

Ganz besonders sind es die Arbeiter, die mit dem Einzuge des Frühlings 1914 auch bessere Zeiten für sich erwarten. Haben die dunklen Wetterwolken am politischen Horizont sich auch verzogen und ist die drohende europäische Kriegsgefahr durch die Vernunft der Völker zurzeit beseitigt, so mischt sich doch ein bitterer Tropfen in den Kelch der Festfreude der Arbeiter hinein. Das dunkle Gespenst der Arbeitslosigkeit, das den Winter über die Hüften der breiten Schichten der Bevölkerung in starkem Maße aufsuchte, schreitet auch jetzt noch finster über den Arbeitsmarkt und lastet schwer auf Herz und Gemüt der Arbeiter.

Als zu Beginn des Winters die deutschen Reichstagsabgeordneten in Berlin zusammenströmten, um über das Wohl und Wehe des Volkes für das kommende Jahr zu beraten, da blühten auch die Arbeiter hoffnungsvoll nach dem Ballotbau und erwarteten die Eröffnung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung in Form einer staatlichen Arbeitslosenversicherung. Wohl forderte die Mehrheit des Reichstages die Arbeitslosenversicherung, aber die Regierung und eine kleine aber mächtige Partei verhielten sich ablehnend. Auch diesbezügliche Anträge in den einzelnen Kommunen wurden in der Mehrzahl abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Arbeitslosenversicherung eine Sache des Reichs sei. Den Beamten gewährt man von Zeit zu Zeit Gehaltsaufbesserungen und in besonders teuren Zeiten Zulagen und die verschiedenen politischen Parteien wetteifern in der Fürsorge der Beamten. Die Arbeiter sind gewiß die letzten, die den Beamten diese Vorteile nicht gönnen, aber wenn man auf der einen Seite eine bestimmte Kategorie der Bevölkerung, die ohnehin den schwankenden Konjunkturverhältnissen wenig oder gar nicht ausgesetzt ist, Gehaltsaufbesserungen zuteil werden läßt, dann hat die Regierung aber auch auf der andern Seite die Pflicht, für diejenigen zu sorgen, die den größten Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen und das sind die Arbeiter. Denn der Arbeiter hat nichts weiter als seine bare Arbeitskraft, so wird er dann in schlechten Zeiten beim besten Willen nicht in der Lage ist diese an den Unternehmer zu verkaufen, um aus dem Erlöse für sich und die Seinen sorgen zu können, dann ist es Selbsterhaltungspflicht des Staates, hier helfend zuzugreifen. Aber wie man auf Golgatha sagte: „Bist du Gottes Sohn so hilf dir selbst.“, so überläßt man es auch den Arbeitern und ihren Berufsorganisationen bei Arbeitslosigkeit für sich selbst zu sorgen. Man hat anscheinend keine Lust, dem Juge der Zeit zu folgen und sich eine einigermaßen zufriedene Arbeiterschaft zu sichern, die ohnehin für das Fortbestehen und die Weiterentwicklung des Staates von größter Bedeutung ist. Statt dessen sind dunkle

Ginterräucher bei der Arbeit, um die an und für sich schon eng bemessenen Rechte der Arbeiter noch weiter zu schmälern. Harmlos fordert man den Schutz der Arbeitswilligen, dessen Einführung jeder denkende und selbstbewußte Arbeiter am eigenen Leibe spüren würde.

Wie der Landmann im Frühjahr über die Fluren schreitet und die Saat ausstreut, die im Herbst reiche Früchte tragen soll, so ist es daher Pflicht der organisierten Arbeiter zur Zeit der Auferstehung sich selbst aufzuraffen und hinaus zu gehen, um Aufrklärung in die Reihen der Unorganisierten zu tragen, und ihnen den Wert der Organisation und der Selbsthilfe vor Augen zu führen. Ihnen klar zu machen, daß nur der feste Zusammenschluß aller Arbeiter in den Gewerksvereinen allein im Stande ist, sie vor der größten Not des Lebens zu schützen. Nicht eher dürfen unsere Mitglieder ruhen, bis auch der letzte Unorganisierte dem Gewerksverein zugeführt ist, denn die Gewerksvereine sind die Pioniere der deutschen Arbeiterbewegung gewesen, sie haben die Laufgräben geschaffen, in denen die gesamte deutsche Arbeiterbewegung heute marschiert. Wenn erst alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre politischen oder religiösen Anschauungen dem Gewerksverein angehören, werden sie eine Macht darstellen, mit der Staat und Gesellschaft rechnen müssen, und dann wird ihnen die Morgenröte am Auferstehungstage verkünden, daß sie das Fest ungetrübt feiern dürfen, als es heute geschieht. In diesem Sinne rufen wir allen unsern Mitgliedern und Freunden zu

Fröhliche Ostern!

Zur Arbeitsnachweisfrage in Lübeck und Leipzig.

In Nr. 11 und 12 der „Stimme“ hatten wir auf die unhaltbaren Zustände der angeblich „parteilichen“ Arbeitsnachweise in Lübeck und Leipzig hingewiesen, wo namentlich am letzteren Ort einer unserer Mitglieder, ein Familienvater, wegen seiner Zugehörigkeit zum Gewerksverein brodelos gemacht worden ist. In der letzten Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ ver sucht man nun nach der alten Manier um die Sache herumzugehen, und die ganze Sache als Terrorisismärchen hinzustellen. Wir versagen es uns, heute auf die blöden offenen Kamellen aus dem roten Leterkasten näher einzugehen, werden vielmehr in einer andern Nummer das angebliche Märchen zerstreuen. Um aber dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband jeden Zweifel über die von uns angeführten Tatsachen zu rauben, bringen wir nachstehend das Urteil des Gewerbegerichtes zu Leipzig zur Kenntnis:

G. G. 222/14 Nr. 4.

Im Namen des Königs!
In Sachen der Vorarbeiter Gustav Engel, Leipzig-Gohlis, Magdeburger Str. 32 III, Klägers, gegen die alleinige Inhaberin der Firma Arthur Hille, Johanna verehel. Hille, geb. Kirchner, Leipzig-Connewitz, Windischestr. 41, G. I. Prozeßbevollmächtigter: deren Ehemann, Geschäftsführer Arthur Hille, ebenda, Beklagte, wegen Forderung, erkennt das Gewerbegericht der Stadt Leipzig, zusammengesetzt aus

- 1. Stadtmann Dr. Kuerswald, als Vorsitzender,
- 2. Gastwirt Buchwald,
- 3. Baumeister Keutiger,
- 4. Eisendreher Nigische,
- 5. Schriftsetzer Köpfl,

als Beisitzer, für Recht:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 65,20 M., sowie am 27. Februar 1914 32,60 M. und am 3. März 1914 21,86 M. zu zahlen.

Der Kläger z. z. bis dahin der Beklagten seine Ansprüche zur Verfügung zu halten. Die Gerichtskosten im Betrage von 6 M. hat die Beklagte zu tragen. Dieses Urteil ist vorläufig vollstreckbar. **L a t e s t a n d.** In dem Gewerbebetriebe der Beklagten war der Kläger vom 12. Januar bis zum 4. Februar 1914 als Tischlervorarbeiter gegen einen vereinbarten Stundenlohn von 65 Pf. tätig. Für die gesetzlichen

Festertage erhielt er Vergütung entsprechend dem vereinbarten Stundenlohn.

Das Arbeitsverhältnis unterlag vereinbarungsgemäß einer Kündigungsfrist von 4 Wochen. Die tägliche Arbeitszeit betrug 9, Sonnabends 7 Stunden. Die tatsächliche Arbeitsleistung des Klägers umfaßte also wöchentlich 52 Stunden.

Die Lohnwoche setzte mit dem Freitag ein und endete Donnerstags. Die Lohnzahlung erfolgte Freitags.

Die Beklagte hat den Kläger durch ihren Werkmeister Wippold am 4. Februar d. J. sciflos entlassen. Der Kläger hat der Entlassung widersprochen. Bis zum 5. Februar 1914 ist der Kläger bezahlt worden. Er hält der Beklagten bis zum Ablauf der Kündigungsfrist, also bis zum 3. März d. J., seine Dienste zur Verfügung. Der ihm bis zum normalen Ablauf des Dienstverhältnisses gebührende Lohn beträgt insgesamt 119,66 M., davon sind 65,20 M. sofort, 32,60 M. am 27. Februar und 21,86 M. am 3. März 1914 fällig.

Ueber diese Tatsachen besteht zwischen den Parteien kein Streit.

Der Kläger beantragt, die Beklagte zu verurteilen, an ihn 65,20 M., sowie am 27. Februar 32,60 M. und am 3. März 1914 21,86 M. zu zahlen.

Die Beklagte richtet ihren Antrag auf Klageabweisung.

Sie hält den Anspruch des Klägers nicht für unbegründet, aber mit Rücksicht auf die Kostenslage, in die sie durch das Verhalten Dritter gelangt sei, müsse sie Klageabweisung beantragen.

Sie führt aus: Am 31. Januar d. J. habe ihre Werkmeisterdeputation an ihren Ehemann, der ihr Geschäftsführer sei, die Anforderung gestellt, den Kläger zu entlassen. Zur Begründung sei angeführt worden, er sei kein geeigneter Vorarbeiter, und wenn er als solcher eingestellt wäre, bräuh die Beklagte nicht zwei Werkmeister. Ihr Ehemann habe den Angeklagten erklärt, er habe keinen Grund, den Kläger zu entlassen. Er habe darauf den Kläger ersucht, am 2. Februar d. J. zu dem parteilich besetzten Arbeitsnachweis zu gehen und diesem die Verhältnisse klar zu legen.

Der Kläger sei dann zurückgekommen und habe weiter arbeiten wollen. Der Werkmeister Wippold habe darauf ihrem Ehemann telephonisch erklärt, daß die übrigen Angestellten die Arbeit niederlegen würden, wenn der Kläger weiter arbeite. Ihr Ehemann habe darauf dem Werkmeister Wippold aufgetragen, er möge die Angestellten darauf hinweisen, daß die Angelegenheit erst durch die Schlichtungskommission geprüft werden müsse. Als ihr Ehemann dann zur Werkstätte gekommen sei, hätten die Angestellten die Arbeit bereits niedergelegt. Darauf habe ihr Ehemann noch mit den Vorständen des Holzarbeiterverbandes Gerike und Seidemig verhandelt. Diese hätten erklärt, sie könnten in dieser Angelegenheit nichts tun. Die Angelegenheit liege dem Zentralvorstand in Berlin zur Entscheidung vor. Nach ihrer Ansicht sei der Grund der Niederlegung der Arbeit seitens ihrer Angestellten darin zu finden, daß der Kläger dem Hirsch-Dunder-Gewerksverein angehöre.

In dieser Zwangslage habe sie den Kläger entlassen müssen, damit die übrigen Angestellten weiter arbeiteten.

Der Kläger hat das alles nicht in Abrede gestellt, und erklärt, daß aus dem eigenen Vorbringen der Beklagten ihre Zahlungspflicht hervorgeht.

Entscheidungsgründe.

Der Anspruch des Klägers stützt sich auf § 611 des Bürgerlichen Gesetzbuches, das neben der Gewerbeordnung ergänzende Bedeutung hat.

Die Beklagte ist in Annahmeverzug gekommen und daher zahlungspflichtig. Ein wichtiger Grund im Sinne von § 124a BGB. zum Rücktritt der Beklagten liegt nicht vor. Die von ihr geübten Vorgänge geben der Beklagten nicht das Recht des Rücktritts vom Vertrage. Das bedarf keiner Ausführung, und die Beklagte hat dieses Recht selbst nicht behauptet. Dementprechend war, da über die Höhe des geforderten Betrages kein Streit besteht, die Verurteilung der Beklagten auszusprechen.

ballenstr. 44, Dienstags 8-10, Beginn: 6. Mai.
 „Biologische Studien“ und „Biologische Probleme“, Dr. Heinz Wetten, Georgenstr. 30/31, Montags 7-8 und 8-9, Beginn: 20. April.
 „Zur Lehre vom Sehen“ und „Tropenleben“, Prof. Dr. mod. Krustus, Charlottenburg, am Zoo, Fockmühlstr. 43/44, Donnerstags 1/2 7-1/2 8, und Montags 1/2 7-1/2 8, Beginn: 20. April.
 Ferner machen wir auf Sprachkurse aufmerksam, die von einheimischen und ausländischen Dozenten

um Arbeitsflaben anzuwerben. Maschinenformer, Handformer, Tischler, Schlosser, ungelernete Arbeiter werden angeworben, ähnlich wie für die Fremdenlegion. Es werden nur verheiratete Leute mit Frau und Kind angeworben, wofür schweres Geld ausgegeben wird. Umgang, Reise- und Gehrgeld, Miete für ein halbes Jahr, wenn die Familie dort noch eine Wohnung hat, die sie erst kündigen muß und auch sonst viel Geld, jedenfalls auch für Alkohol, wird von den Agenten bezahlt. Sie schimpfen auch noch tüchtig auf die bloßen anständigen Soldaten, da diese schon vernünftli-

Briefkasten der Redaktion.
 E. W., Warmbrunn. Wir nennen Dir nachstehende Firmen: S. Medel, Berlin, Ballfabrikstr. 62, S. Loose Nachf., Hamburg 5, F. Kiehl, Berlin, Langestr. 68.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 14. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.
Ergebnis der Wahlen zur General-

Die vorläufige Vollstreckbarkeit stützt sich auf § 57 Abs. 2 GGG.
 Die Kostenentscheidung folgt den Vorschriften in § 91 ZPO. verbunden mit § 58 GGG.
 Gewerichter Stadtammann
 Dr. Auerwald.
 Ausgefertigt
 Belgig, am 4. März 1914.
 Gerichtsschreiber des Gewerbegerichts
 Voigt, Sekretär.

Was die Stadt Berlin an Armenlasten aufzubringen hat.

Der jüngst erschienene Verwaltungsbericht über die städtische Armenpflege für das Etatsjahr 1912 gibt ein lebendiges und anschauliches Bild der umfassenden Tätigkeit, welche die Berliner Armenverwaltung im letzten Rechnungsjahre (1. April 1912 bis 31. März 1913) entwickelt hat. Beschränkt der Bericht sich auch auf die Darlegung des im Geschäftsgebiete der Armenverwaltung geleisteten, so gibt er doch andererseits durch Mitteilung des Zahlenmaterials auch Aufschluß über den Umfang der gesamten Fürsorge und Mittel, welche die Stadt Berlin auf dem sozial so bedeutungsvollen Gebiete des Armen- und Fürsorgewesens verwendet. Da wir voraussetzen können, daß das Interesse unserer Leser sich über ihren besonderen Aufgabenkreis hinaus auf das gesamte Armenwesen Berlins erstreckt, so sei das betreffende Zahlenmaterial hier mitgeteilt:

zung der Ausgaben in der Kranken-, Krüppel- und sonstigen Anstaltspflege sind in diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt. Die Höhe der in der offenen Armenpflege verwendeten Mittel sei durch die Ausgaben des letzten Monats des Berichtsjahres (März 1913) veranschaulicht. Die aufgewendete Summe von 922 867 M. (1911: 888 876 M.) zerfiel hier in:

Almosen	Zusatzunterstützung	Pflegegeld	Zusatzunterstützung	Sonderunterstützung
M.	M.	M.	M.	M.
648 056	15 543	120 981	9 154	134 133

Im ganzen existierten am Ende des Berichtsjahres 35 835 Almosenempfänger, von denen rund 3/4 weiblich und nur 1/4 männlich war; Pflegekinder waren im gleichen Zeitpunkt 13 255 vorhanden. Von den gesamten in offener Pflege Unterstühten hatten 1331 ihren Unterstühtungswohnsitz außerhalb Berlins, so daß 166 114 M. nach außerhalb liquidiert werden konnten.

Die Zahlen des Verwaltungsberichts geben weiterhin noch interessante Aufschlüsse hinsichtlich der monatlich aufgewendeten Beträge. Es ergibt sich aus ihnen nicht nur eine prozentuale Zunahme der höheren Almosensätze, sondern auch ebenso eine beträchtliche Erhöhung der Pflegesätze und der durch die Armenverwaltung unmittelbar gezahlten Unterstühtungen, wie Erstattung an auswärtige Armenverbände, Bekleidungskosten, Beiträge an die Armen-

die Ursachen dieser Erscheinung im einzelnen nachstehende Tabelle:

	Zahl am 31. März 1913		
	Almosenempfängerinn.	Pflegegeldempfängerinn. (leibl. Mütter)	Zusammen
ledig	4 667	1 512	6 179
verheiratet	224	690	914
Eheverlassene	1 215	1 070	2 285
Geschiedene	793	468	1 261
Verwitwet	19 842	4 025	23 867
	26 741	7 705	34 446

Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, daß gerade die Zahlen der höheren Altersgruppen eine beträchtliche Zunahme der weiblichen Almosenempfänger zeigen. Wohl mit Recht nimmt der Verwaltungsbericht an, daß diese Tatsache auf den zu früherem Ableben führenden schnelleren Kräfteverbrauch der Männer hinweist.

Auf die über die geschlossene Armenpflege gegebenen Zahlen kann hier nicht näher eingegangen werden. Die Zahlen des Berichtsjahres sind infolgedessen nicht ganz vollständig, als ja die größte der städtischen Krankenhäuser — welche die Krankenhausdeputation liefert — fehlen. Immerhin bleibt erwähnenswert, daß auch die nichtstädtischen Krankenanstalten in ganz erheblichem Maße für die Zwecke der Armenverwaltung in Anspruch genommen werden mußten. Der Verwaltungsbericht gibt als Endsumme die Zahl von 13 181 verpflegte Personen an; und daß diese Zahl um ein wenig niedriger ist als die entsprechende des Vorjahres, beruht nicht etwa auf einer Einschränkung der Tätigkeit der Armenpflege, sondern nur auf einer Erweiterung der Inanspruchnahme städtischer Anstalten. Anträge auf Bewilligung von Kuren in Heim-, Heil- und Erholungsstätten gingen in der Zahl von 3269 (im Vorjahre 3036) ein; Kurbewilligungen konnten in 2285 Fällen (1911: 2258) erfolgen. In diesen Zahlen sind aber nur die Kuren für Kinder und die für Erwachsene in nichtstädtischen Anstalten enthalten. Die Kuren für Erwachsene in den städtischen Heim- und Heilstätten werden durch den Bericht des Kuratoriums dieser Anstalten nachgewiesen.

Die aus den mitgeteilten Zahlen sich ergebende umfassende und immer steigende Arbeitslast der Armenverwaltung erfordert zu ihrer Bewältigung natürlich einen gewaltigen Apparat. Nicht weniger als 446 Armenkommissionen mit 5651 Mitgliedern waren im Berichtsjahre tätig und stellten ihre Dienste der Verwaltung zur Verfügung. Welche Summe von Arbeit und Mühe dabei noch auf jedes Mitglied, jeden Pfleger entfällt, werden unsere Leser am besten zu beurteilen wissen.

(Blätter für die Berliner Armen- und Waisenspflege.)

Urteile deutscher Arbeiter über England.

Eine Gruppe deutscher Genossenschaftler hat vor einiger Zeit eine Studienreise nach England gemacht, um die Einrichtungen der dortigen Genossenschaftsbewegung kennen zu lernen.

Ueber ihre Erfahrungen hat kürzlich der Sekretär der nordwestdeutschen Konsumvereine, F. Diehl, in einer von der sozialdemokratischen Konsumgesellschaft „Vorwärts“ einberufenen öffentlichen Versammlung berichtet. Er führte unter anderem folgendes aus:

„Im allgemeinen imponierten die englischen Produktionsstätten durch ihre Größe, aber es machte sich in fast allen Betrieben eine gewisse Unordnung bemerkbar. Auffallen ist uns auch der Mangel an Schutzvorrichtungen. Dort laufen alle Treibriemen und Kammmräder frei. Auffallend war auch

Titel	Ausgabe im Etatsjahr 1912			
	überhaupt M.	davon durch Einnahme gedeckt M.	Zuschuß der Stadt Berlin M.	Mehreinnahmen M.
I. Armenpflege.				
Offene Armenpflege	13 603 030,00	1 056 879,00	12 546 151,00	—
Friedrich-Wilhelmshospital für Männer und Siechenanstalten in der Fabelstraße	741 581,47	24 483,34	717 098,13	—
Friedrich-Wilhelmshospital für Frauen in der Pallasstraße	297 195,54	10 850,47	386 335,07	—
Hospital in Buch	650 516,26	9 406,44	641 112,02	—
Gemeinsame Einnahmen und Ausgaben der 3 Hospitäler auf Verpflegungs- und Verordnungsstellen	1 739,74	255 910,70	—	254 170,96
Waisenspflege sowie Fürsorge für eingetragene Waisenkinder	2 981 294,87	349 823,26	2 631 471,61	—
Fürsorgeerziehung	1 268 294,93	588 258,11	380 036,82	—
Arbeitshaus und Hospital in Rummelsburg sowie Hospital in Reinickendorf, Berliner St. 128	818 458,70	285 335,00	533 123,70	—
Städtisches Obdach	468 194,06	25 461,78	442 732,28	—
Desinfektionsanstalt II	36 764,46	2 063,68	34 700,78	—
Dispensar für geschlechtskranke Frauen	153 362,87	13 966,55	139 396,31	—
Obdachhospital	64 453,96	5 153,86	59 298,10	—
Nachlassverwaltung	30 452,95	360,00	30 092,95	—
Summe I	21 115 832,81	2 927 954,20	18 442 049,57	254 170,96
Dazu treten für öffentliche Kranken- und Irrenpflege	15 302 632,62	4 212 222,73	18 187 878,61	3 763 652,36
Summe II	36 418 465,43	7 140 176,93	29 278 288,50	3 763 652,36
so daß sich ergeben zusammen	36 418 465,43	7 140 176,93	29 278 288,50	—
Gegen 1911	35 677 119,88	7 111 198,41	28 565 921,42	—
„ 1910	36 348 163,00	6 305 509,00	30 042 654,00	—
„ 1909	32 515 051,00	6 059 930,00	26 455 121,00	—
„ 1908	30 683 282,00	5 751 792,00	24 931 490,00	—

Das Anwachsen der Armenlasten ergibt sich auch aus den Zahlen, welche den Betrag der Armenlasten pro Kopf der Bevölkerung in den verschiedenen Jahren nachweisen. So sind z. B. im verfloffenen Berichtsjahre die Ausgaben für die offene Armenpflege auf 5,11 M. pro Kopf gestiegen, während sie im Vorjahre nur 4,96 M., im Jahre 1900 nur 3,75 M. und im Jahre 1890 nur 2,39 M. betragen hatten. Wohl verstanden: Es handelt sich hierbei nur um Ausgaben der offenen Armenpflege, d. h. Almosen, Pflegegeld und Extraintersubventionen, deren Betrag sich also auch relativ so außerordentlich erhöht hat. Die Fortschritte und die Steige-

spaltungsanstalt und dergleichen mehr. Von ganz besonderem Interesse sind einige Angaben über die Art der Ausübung der Armenpflege. So ergibt sich z. B. eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der Naturalunterstützungen, deren Betrag in den vorangehenden Jahren etwas gesunken war. Wichtige Schlüsse über die Ursachen der Armut in Berlin lassen sich aus den Angaben über die persönlichen Verhältnisse der Unterstühtungsempfänger ziehen. War oben schon darauf hingewiesen, daß das weibliche Geschlecht 3/4 aller Almosenempfänger stellt — eine Zahl, die in den letzten Jahren ziemlich unverändert geblieben ist —, so gibt einen näheren Einblick über

Das Holz in der Geschichte des Handgewerbes.

von Th. Wolff-Friedmann.
 (Fortsetzung.)
 Die industrielle Verarbeitung des Holzes beginnt mit der Erfindung der Säge, speziell der Säge, des Universalwerkzeuges für ausnahmslos alle Holzverarbeitenden Gewerbe, das in grauer Vorzeit erst der eigentliche Ausgangspunkt der gewerblich und technisch höheren Verwendung des Holzes für die Zwecke des menschlichen Gebrauches wurde. Die griechische Sage erzählt die Erfindung der Säge dem Künstler Kleon, dem Schwager des kunstreichen Dädalos, zu, der die Säge erfunden haben soll, indem er die Hufe eines Schlangenkopfes in Eisen nachahmte. Wir wissen nicht, ob die Säge mit dieser Darstellung auf dem richtigen Wege ist, ob der Erfindung der Säge die für die Kulturentwicklung der Menschheit von derselben aber von noch größerer Bedeutung ist, wie die 4-vortragenden technischen Erzeugnisse unserer Zeit, etwa die Erfindung der Dampfkraft oder die Dienstleistung der Elektrizität, wirklich ein solcher oder ähnlicher Vorgang zu Grunde liegt, wie ihn die Sage schildert; was wir aber bestimmt wissen ist, daß die gesamte gewerbliche Verwendung und Gestaltung des Holzes erst mit der Erfindung der Säge begonnen haben kann, denn nur diese machte erst dem Menschen die Zerlegung des Baumstammes in kleinere Teile und damit die eigentliche Verarbeitung des Holzes zu Gebrauchsgegenständen möglich. Vermutlich der Säge

gewann der Mensch das erste Rad, indem er einen Baumstamm in Querscheiben zersägte, damit die Grundlage für die Entwicklung des Baues von Räderfahrzeugen, also des Wagenbaues, legend; der Säge, die Säge zersetzte er den Baumstamm in Balken, Böhle und Bretter, die erst der weiteren, differenzierteren, technisch und gewerblich höheren Verarbeitung zugänglich waren, damit die Teilung der Holzverarbeitenden Industrie in die Gewerbe des Zimmermannes, Möbblers, Drechslers, Tischlers, Stelmachers, Holzschneiders, Bildhauers usw. einleitend, eine Teilung, die freilich erst Jahrhunderte später zur Vollendung kam. Mit der Säge erst beginnt die Ära der zahllosen holzindustriellen Erzeugnisse, die bei allen Völkern und zu allen Zeiten einen so wesentlichen Bestandteil des menschlichen Gebrauches ausmachen und in ihrer nach Form, Vollendung, Technik und Zweck so ungeheuren Mannigfaltigkeit den Charakter eines jeden Volkes getreulich wiederpiegeln.
 Doch so ungeheuer wichtig auch die Verarbeitung des Holzes für die Zwecke des praktischen Gebrauches in den verschiedenen holzindustriellen Gewerben für die Kulturgeschichte der Menschheit geworden ist, so ist doch das interessanteste Kapitel in der Kulturgeschichte des Holzes nicht seine gewerbliche, sondern vielmehr seine kunstgewerbliche oder auch rein künstlerische Verwendung und Verarbeitung, die wir bei all-n, auch den ältesten Kulturvölkern finden, in deren Dasein die Kunst überhaupt schon zum Leben erwacht war, und die ein eigenes, unendlich reichhaltiges Kapitel der

Kunstgeschichte repräsentiert. Kein künstlerisch finden wir die Verarbeitung des Holzes in der Holzbildhauerei und Holzschneiderei, die, im grauen Altertum entstanden, im Mittelalter der christlichen Kulturvölker ihre höchste Blüte erreichte; kunstgewerblich in der künstlerischen Verzierung und Bearbeitung der aus Holz gefertigten, praktischen Zwecken dienenden Gerätschaften, speziell der Einrichtungsgegenstände der menschlichen Wohnung, also der Möbel. Der Kunstgewerbe die Welt der Kunst, der in wesentlichen mit Beginn des Mittelalters seinen Anfang nimmt und in der Möbelbaukunst unserer Tage traumvoll weiterwirkt, nimmt mit den breitesten, wichtigsten und interessantesten Raum in der Geschichte der kunstgewerblichen Verarbeitung des Holzes ein.
 Die erste, technisch und künstlerisch bereits hochentwickelte kunstgewerbliche Verarbeitung des Holzes finden wir bei den alten Ägyptern, jenem wohl ältesten Kulturvolke, dem die Menschheit so vieles ihrer geistigen und technischen Entwicklung verdankt. Zunächst in der Kunst der Bildhauerei, die von jeher im Lande der Pharaonen in hoher Blüte stand und sich, wie die altägyptische Bildhauerkunst überhaupt, ungefähr auf die Zeit 3000-600 v. Chr. erstreckt. Zahlreiche Funde von Erzeugnissen der altägyptischen Holzbildhauerei sind gemacht worden, die zumeist Statuen darstellen und aus der Art der Bearbeitung erkennen lassen, daß die alten Ägypter fast sämtliche Werkzeuge der heutigen Bildhauerei, wie Rasier-, Meißel-, Bohrer, Säge, Stemmeisen u. dgl. bereits kannten und verwendeten.
 (Fortsetzung folgt.)

erschint wöchentlich
einmal: Freitag.
Ausgaben: Die fünfgepaltene
Beilage 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Abrechnung.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Betriebsbescheinigung.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Weißhauferstr. 221/223.

die große Raumausnutzung. In englischen Verhältnissen gemessen sind die Genossenschaftsbetriebe Musterbetriebe, an deutschen Verhältnissen gemessen allerdings nicht. Wir haben auch in England gesehen, daß es dort neben einer hochbegabten Oberschicht von Arbeitern auch ein Lumpenproletariat in einer Stärke gibt, wie wir es erfreulicherweise in Deutschland nicht haben. Das kommt daher, daß sich die englischen Gewerkschaften zu wenig um die ungelerten Arbeiter gekümmert haben. Geradezu schauerhaft waren die Wohnungsverhältnisse in Liverpool. Eine soziale Gesetzgebung, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten in Deutschland erlebt haben, ist in England ziemlich fremd geblieben. Die englischen Arbeiter haben die Staatshilfe immer grundfänglich abgelehnt. Das hat sich alles bitter an der Arbeiterschaft gerächt. Heute steht man immer mehr ein, daß man eine verkehrte Taktik eingeschlagen hat. Wir können sagen, daß das Gesamtniveau der deutschen Arbeiterschaft heute ein höheres ist, als das der englischen Arbeiterschaft. Man kann auch sagen, daß die englische Industrie von der deutschen überholt worden ist. Aus diesem Grunde macht sich in England eine starke Unzufriedenheit gegen die Deutschen geltend. Wir können heute mit Recht den Scharfmachern entgegen, daß die deutsche Sozialreform und die Taktik der deutschen Gewerkschaften den Sieg der deutschen Industrie über die englische herbeigeführt haben. Wir können auch noch konstatieren, daß man in der englischen Genossenschaftsbewegung immer mehr dazu übergeht, deutsche Methoden einzuführen. Führende englische Genossenschaftler haben uns erklärt, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo Studienreisen von England nach Deutschland stattfinden werden. Wir haben aus unserer Studienreise das Resultat gezogen, daß in Zukunft die Studienreisen der Genossenschaften in Deutschland stattfinden werden.

Dieses Urteil steht nicht vereinzelt da. Wir haben ähnliche auch von Sozialdemokraten gehört, die aus den Vereinigten Staaten zurückgekommen sind. Und britische Arbeiter haben sich im gleichen Sinne nach einem Besuch in Deutschland geäußert. Das beweist, daß wir in Deutschland mit unserer Sozialpolitik auf dem richtigen Wege sind. Wenn sich in England neuerdings das Streikfever immer mehr geltend macht, wenn der Syndikalismus und die Sabotage um sich greifen, so sind auch das Symptome für eine wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft, die durch das Zurückbleiben der sozialen Gesetzgebung verursacht sind. Unsere Sozialpolitik ist also kein Hemmschuh unserer wirtschaftlichen Entwicklung, sondern im Gegenteil einer ihrer wirksamsten Hebel.

Unerquickliche Vorgänge im sozialdemokratischen Holzarbeiterverband Zahlstelle Hamburg.

Seit dem unglücklich verlaufenen Werftarbeiterstreik kiffelt es hier und da an der Wasserkannte. Die Gemüter wollen sich nicht beruhigen, der Mitgliederverlust der freien Gewerkschaften ist ein enormer.

Die gelbe Sumpfpflanze wuchert besonders üppig. Unheilbare Zustände scheinen aber in der Zahlstelle Hamburg des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes eingetreten zu sein.

Zwar spielt sich das meist hinter den Kulissen ab, was aber an die Öffentlichkeit durchgesickert ist, bedeutet eine solche innere Faulheit und Zerissenheit, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt.

Zunächst sei festgestellt, daß sich ein sogenannter „Diskussionsverein Vorwärts“ aus Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes gebildet hat, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, gegen die angebliche Mißwirtschaft im Holzarbeiterverbande Stellung zu nehmen.

An der Spitze dieser Bewegung stehen zwei Mitglieder des Verbandes Langer und Wirt. Dieselben hatten nun zum 24. Februar eine öffentliche Protestversammlung mit der Tagesordnung: „Die Mißwirtschaft im Deutschen Holzarbeiterverband“ einberufen. In dieser Versammlung wurde nun der ganze Unrat abgeladen. Zunächst wurde vom Referenten hervorgehoben, daß die Ursache und Notwendigkeit zur Gründung des Diskussionsvereins der Werftarbeiterstreik von 1913 gewesen sei. Schon 1911 seien bei dem dortigen Holzarbeiterstreik diejenigen Kollegen, welche eine Oppositionsstellung gegen die Verwaltung einnahmen, niedergeknüppelt worden, was 1913 noch trasser geworden ist. Bei der am 17. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung, bei der es sich um die Wahl eines neuen Verwaltungsbeamten handelte, sei man handgreiflich gegen die „Korruption“ vorgegangen, und habe erst abgelaufen, als die Freunde der Verwaltung den Märgen zogen (ein guter Gradmesser ihrer Erziehung, A. Siefelds Methode, D. R.). Es folgten nun Schmeichelwörter für die Beamten, denen der Referent Verbrennen vorwarf. Interessant waren noch die Ausführungen desselben, indem er behauptete: Beim Streik 1911 seien die Kollegen verraten und verkauft worden, und es sei nur ein Scheinstieg; der jetzige Arbeitsnachweis, um welchen sich doch der ganze Kampf gedreht hätte, und der dem Holzarbeiterverbande doch nahezu 1 1/2 Millionen gekostet hätte, sei auch nichts Besseres, als der frühere Lohnnachweis. Schließungen würden auf dem-

selben gemacht usw. Am schlimmsten kam das ehemalige Hauptvorstandsmitglied des Holzarbeiterverbandes, Beder, fort. Dem warf der Referent einen Diebstahl in Bremen vor, nannte ihn einen Sittenverbrecher, und bezeichnete ihn als den größten Lump, den der Deutsche Holzarbeiterverband je aufzuweisen hätte. Wie eine Bombe schlug es ein, als mitten aus der Versammlung der Ruf ertönte: „Warte Durche, hier ist er!“ und Beder in höchst eigener Person auftrat. Die Stimmungen wurden nun geteilt, Rufe ertönten: „Hinaus du Lump, Gemeinheit, Frechheit.“ Das allgemeine Erstaunen kann man ja begreiflich finden, da seinerzeit Beder lang- und klanglos von der öffentlichen Bildfläche verschwand, auf der er doch im Deutschen Holzarbeiterverbande solche große Rolle gespielt hatte. Die verschiedensten Gerüchte waren im Umlauf, man sprach von Englandreisen, Sittenstandale u. dgl. Beder hat es aber gut verstanden, über sein Dasein den Verschillungsleiter zu deden, bis er jetzt in Hamburg auftaucht, wo er seit einem halben Jahre Unterkunft bei der Volkshilfe gefunden hat, wovon die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes nichts wußten. In der Versammlung ergriff dann Beder selbst das Wort zur Verteidigung gegenüber dem von Lange vorgebrachten, er gab manches zu, anderes bestritt er wieder. Wir haben natürlich keine Ursache, in die Prüfung dieser heißen Angelegenheiten zu treten, an der Person Beders durfte man aber doch nicht achtlos vorbeigehen. Die Verwaltung von Hamburg hatte nun zum 25. März eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, die als Gegenprotestversammlung gegen den Diskussionsverein bezeichnet werden kann. Bezeichnend für den Ernst der Lage ist, daß der Referent Langer bei der Wahl zum Verwaltungsbeamten an Stelle Rombergs 403 Stimmen auf sich vereinigte, während der jetzige Beamte Wirtler 963 Stimmen erhielt.

Dem „Hamburger Echo“ zufolge hat man nun den Ausschluß der Mitglieder Langer, Wirt, Grundmann, Jägerberg, Schneider und Engelhardt beantragt. Auf den weiteren Verlauf der Sache kann man gespannt sein.

Der staatliche Steuerkommissar.

Im preussischen Abgeordnetenhaus gingen die Wogen sehr hoch. Die Debatten drehten sich in der Hauptsache darum, wie man eine Besserung der Steuereinschätzungsmethoden herbeiführen kann, um sämtliche Schichten der Bevölkerung die finanziellen Lasten gleichmäßig tragen zu lassen, da ja vor dem Gesetz alle Preußen gleich sind. Seit Jahren werden immer wieder und nicht mit Unrecht Klagen erhoben, daß man es namentlich in ländlichen Kreisen mit der Steuereinschätzung nicht sehr genau nehme, und der Staat durch die Selbsteinschätzung der höheren Bevölkerungsschichten jährlich ein erhebliches Einkommen an Einnahmen verloren gehe.

Bekanntlich ist auf dem Lande der Landrat gleichzeitig Vorsitzender der Steuereinschätzungskommission. Auf die Dauer konnte daher die Regierung der Forderung nach einer gleichmäßigen Steuereinschätzung nicht widerstehen, und stellte in einzelnen ländlichen Kreisen unabhängige Steuerkommissare an. Die Anstellung dieser Beamten ist für die Staatsfinanzen sehr vorteilhaft gewesen, denn aus vorliegenden Berichten ist zu ersehen, daß in den Kreisen, in denen die Steuerkommissare tätig sind, die Einkommensteuerrücksumme um 18 bis 26 Prozent gestiegen ist. Diese guten Erfolge veranlaßten die Regierung, im Etat für 1914 neue Stellen für Steuerkommissare zu fordern. Hiergegen ließen die Konservativen und ein Teil des Zentrums Sturm, da sie mit Recht fürchten, daß der unabhängige Beamte das Einkommen gewisser Schichten der Bevölkerung etwas genauer unter die Lupe nehmen wird. Mit allerhand möglichen Argumenten suchten sie nachzuweisen, daß nur einzig und allein der preussische Landrat in der Lage sei, auf dem Lande eine gerechte Steuereinschätzung zu vollbringen, ohne aber zu erklären, wann denn die statliche Anzahl Landräte, die im Abgeordnetenhaus sitzt, die Arbeit der Steuereinschätzung beforzt. Mit erfreulicher Schärfe wurde von der Regierung und den Parteien der Linken der Nachweis erbracht, daß dem nicht so sei, aber die Konservativen ließen sich nicht überzeugen und lehnten 6 der geforderten Kommissare ab. Ja sie gingen soweit, zu erklären, daß die Steuerkommissare die französische Revolution verursacht hätten. Einer ihrer Redner, der Abgeordnete v. Kardorff, brachte es sogar fertig, die Regierung aufzufordern, sich über den Willen der zweiten preussischen Kammer einfach hinweg zu setzen. Nicht das nicht etwas nach einer Aufforderung zum Bruch der Verfassung? Würden die Konservativen es auch billigen, wenn die Regierung gegen den Willen der Mehrheit des Abgeordnetenhauses dem Volke ein modernes Wahlrecht geben würde? Mit der Ablehnung der Steuerkommissare haben die Konservativen bewiesen, wie ernst sie es nehmen mit der Vertretung der Interessen einzelner Bevölkerungsschichten, zugleich aber auch gezeigt, daß der Beruf, ihnen siehe das Wohl einzelner höher, als das Gesamtwohl, der ihnen gemacht wird, seine volle Berechtigung hat.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 15. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

Rundschau.

Die Werkvereine Berliner Richtung, die im vergangenen Jahre aus dem Bund Deutscher Werkvereine ausgeschlossen sind, weil sie an ihrem Koalitionsrecht festhalten und ihre politische und religiöse Neutralität nicht aufgeben wollen, haben sich am 28. März in einer in Berlin abgehaltenen Vertreterversammlung zum Kartellverband Deutscher Werkvereine zusammengeschlossen. Anwesend waren gegen 100 Vertreter einer großen Anzahl auf dem Boden des Berliner Werkvereinsprogramms stehenden Werkvereine, u. a. aus Berlin, Dresden, Chemnitz, Bischofswerda, Wurzen, Meißen, Halle a. S., Hamburg, Mainz, Wiesbaden, Frankfurt a. M. und anderen Städten. Nach eingehender Diskussion wurde der Zusammenschluß auf dem Boden des Berliner Werkvereinsprogramms beschlossen. Die meisten der anwesenden Vertreter erklärten sofort den Anschluß ihrer Vereine; eine Reihe weiterer Vertreter stellte diesen Anschluß für die allernächste Zeit in Aussicht. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Nach den Ausführungen der einzelnen Redner konstatieren wir, daß eine Einigung zwischen der Berliner und Essener Werkvereinsrichtung ausgeschlossen ist. Die anwesenden Vertreter Deutscher Werkvereine begrüßen die Anregung zur Gründung des Kartellverbandes Deutscher Werkvereine und geben die Erklärung ab, das Programm der Berliner Werkvereine anzuerkennen, weil es den berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiterschaft entspricht.“

„Streng vertraulich“ wendet sich der Verband Thüringer Industrieller an die Industrie des Großherzogtums und bittet um Zeichnung eines jährlichen Zuschusses zunächst für die Dauer auf drei Jahre, zwecks Gründung eines „Vaterländischen Arbeitersekretariats für das Großherzogtum mit dem Sitz in Weimar“. Zur Begründung wird angeführt, daß der Bund der Werkvereine und vaterländischen Arbeitervereine im Großherzogtum bereits eine größere Anzahl solcher Institute gegründet habe. Um das Vereinsleben lebendig zu erhalten und die Bewegung weiter auszudehnen, bedürfe es einer ständigen Geschäftsstelle, die anregend und unterstützend wirke. Die jährlichen Kosten werden in dem „streng vertraulichen“ Rundschreiben, das am 9. März zur Versendung kam, auf jährlich 4000 Mark veranschlagt. Da man die planmäßige Unterstützung der selben mit Unternehmerrisiko immer abzuwehren bemüht ist, wählte man den Weg des „streng vertraulichen“ Rundschreibens, das die Unterschrift des nationalliberalen Landtagsabgeordneten, Kommerzienrats Pferdekämper, des Vorsitzenden der Handelskammer und des Bundes der Thüringer Industriellen, sowie des Syndikus des betreffenden Verbandes, Dr. Ostermann, trägt.

Wie die sozialdemokratischen Werber während der „Roten Woche“ gearbeitet haben und welche Mittel sie anwandten, um Mitglieder für ihre Partei zu pressen, geht aus folgender Zuschrift hervor, die aus Nürnberg gesandt wird:

Zu einem in der Replerstraße wohnhaften Arbeiter kommt während der Roten Woche ein Herr, der sich als Werber für die sozialdemokratische Partei zu erkennen gibt und ihn in liebenswürdigster Weise zu überzeugen sucht, daß es unbedingt Pflicht eines Arbeiters sei, sich politisch — natürlich sozialdemokratisch — zu organisieren. Als ihm zur Antwort wird, daß auch der Besuche die Notwendigkeit des politischen Zusammenhanges als richtig anerkenne und deshalb schon vor Jahren als Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei beigetreten sei, macht der seitherige liebenswürdige Ton rasch einer anderen Tonart Platz. Und der Agitator glaubt durch einige schon nicht mehr versteckte Drohungen die Zugkraft des sozialdemokratischen Programms unterhalten zu müssen; der Arbeiter möge bedenken, daß seine Frau ein offenes Geschäft (Milchhandlung) betreibt; es werde ihn geschäftlich schädigen, wenn er sich weigere, bei der Fortschrittlichen Volkspartei auszutreten und sich der Sozialdemokratie anzuschließen; morgen sei Sitzung, da werde seine Angelegenheit besprochen werden, und dann könne er ja sehen, welche Folgen seine Weigerung für ihn habe.

Mit solchen Mitteln gewinnt man „überzeugte“ Anhänger der Partei. In diesem Fall allerdings ist es vorbeigelungen.

Aus den Ortsvereinen.

Ausbach. Am Sonntag, den 22. März, hielt der hiesige Ortsverein seine Mitgliederversammlung ab. Mit regem Interesse verfolgten sämtliche Kollegen den Verlauf, der um 6 Uhr seine Ende erreichte. Hierauf wurden die übrigen Tagesordnungspunkte erledigt. Ganz besondere Aufmerksamkeit wurde dem Punkt Berichtedenes entgegengebracht. Waren es doch in erster Linie die Vorgänge bei der Firma Dehler & Sohn, die einer sehr lebhaften Debatte unterzogen wurden. So wird auch in Ausbach durch das unschöne Vorgehen des Herrn Finanzassessors Dr. Schmauser eine größere Anzahl Ar-

balihenstr. 44, Dienstags 8-10, Beginn: 5. Mai.
„Biologische Studien“ und „Biologische Probleme“, Dr. Heinz Weiten, Georgenstr. 30/31, Montags 7-8 und 8-9, Beginn: 20. April.
„Zur Lehre vom Sehen“ und „Tropenleben“, Prof. Dr. mod. Krullius, Charlottenburg, am Zoo, Roedemischstr. 43/44, Donnerstags 1/2 7-1/2 8, und Montags 1/2 7-1/2 8, Beginn: 20. April.
Ferner machen wir auf Sprachkurse aufmerksam, die von einheimischen und ausländischen Dozenten

um Arbeitsklaven anzuwerben. Maschinenformer, Handformer, Tischler, Schlosser, ungelernete Arbeiter werden angeworben, ähnlich wie für die Fremdenlegion. Es werden nur verheiratete Leute mit Frau und Kind angeworben, wofür schweres Geld ausgegeben wird. Umgang, Reise- und Gehrgeld, Miete für ein halbes Jahr, wenn die Familie dort noch eine Wohnung hat, die sie erst kündigen muß und auch sonst viel Geld, jedenfalls auch für Alkohol, wird von den Agenten bezahlt. Sie schimpfen auch noch täglich auf die hiesigen arbeitslosen Volkswirte, da diese schon vernünftl

Briefkasten der Redaktion. E. M., Warmbrunn. Wir nennen die nachstehende Firmen: S. Riedel, Berlin, Ballistabankstr. 62, S. Loose Nachf., Hamburg 5, H. Riech, Berlin Langestr. 63.
Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 14. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig
Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. Ergebnis der Wahlen zur General-

beiter, meist Familienväter, arbeitslos. Dieser Herr schloß sich angeblich durch die von der Kammerfabrik ausgehenden Gerüche in seiner Gesundheit geschädigt und hat hierauf an den Firmeninhaber das Ansuchen gestellt, entweder ihm sein Anwesen abzukaufen oder aber dafür Sorge zu tragen, daß diese Gerüche beseitigt würden. Die Firma lehnte jedoch diese Vorschläge ab mit der Begründung, daß sie schon alle Mittel versucht und angewendet habe, um die vorhandenen Gerüche zu beseitigen. So reichte nun Herr Dr. Schumacher Klage ein gegen die Firma, die jedoch verworfen wurde, diese Umstände abzulassen. So hat sich nun die Firma entschlossen, ihren Betrieb nach auswärts zu verlegen. Hier ist es vor allem das Verhalten der Stadtverwaltung, das einer eingehenden Kritik unterzogen wurde, denn die Stadt hätte doch mindestens allen Anlaß gehabt, sich in diese Angelegenheit einzumischen und nicht erst nach dem Urteilspruch. Denn auch sie hat doch bei Verlegung dieses Betriebes den Schaden mitzutragen durch den Verlust der Umlagen. Eine weise Stadtverwaltung hat ohne Zweifel dafür Sorge zu tragen, daß der Gesundheitszustand ihrer Mitbürger nicht Schaden erleidet, bei einigermaßen gutem Willen hätte sich dies auch machen lassen. Die Leidtragenden sind nun die Arbeiter, die mit ihren Familien einer ungewissen Zukunft entgegen gehen. Herr Dr. Schumacher scheint sehr wenig Empfinden zu haben für ein Arbeiterleben. Es wäre daher sehr gut, wenn dieser Herr einmal seinen Beruf wechseln müßte mit dem eines Arbeiters, der besonders immer die Sorge in sich trägt, ob er auch für immer genügende Beschäftigung hat. Doch jener Herr scheint davon nichts zu verspüren. Aber auch den Arbeitern kann geholfen werden, indem sie sich samt und sonders der Organisation anschließen, denn nur innerhalb einer solchen kann er sich sagen, daß er bei etwa vorkommenden Fällen wenigstens vor der größten Not geschützt ist. Schon gar mancher Arbeiter war der Meinung, er braucht keine Organisation, aber viele sind schon eines besseren belehrt worden. Aber auch noch andere Kollegen hatten Wünsche, die noch weitere Debatten hervorriefen, so daß die Zeit immer weiter vorrückte. Doch aus dem Gang dieser Versammlung konnte man so richtig herausfinden, wie interessant sich eine Versammlung gestalten kann, wenn sie von den Kollegen gut besucht wird. Denn nur in den Versammlungen kann jeder Kollege seine Wünsche klarlegen. Deshalb muß auch in Zukunft dieses rege Interesse wachgehalten werden und jeder Kollege bemüht sein, nach Kräften mitzuarbeiten. Denn nur durch ein kräftiges Zusammenarbeiten kann unsere Sache gefördert werden. Deshalb auf, folge jeder der Parole: Auf in den Kampf und zur fleißigen Mitarbeit.

Kaiserklonern. In Nr. 14 der „Glaserzeitung“ sucht die Zahlstelle des Glaserverbandes Kaiserklonern auf unsern Artikel in Nr. 12 der „Eiche“ einzugehen, was ihr ober jedenfalls mit Absicht nicht gelingen will. Wenn sie schreibt, die Glaser unseres Ortsvereins hätten alle Vorbedingungen für die Gelben erfüllt, so wollen wir erwidern, daß die gelben Vereine ihre Mitglieder doch meistens aus den freien Gewerkschaften haben und speziell in ihrer Zahlstelle Mitglieder sind, die schon mehrere Male Streikbrecher gemacht haben, deshalb sich sehr gut für die gelben Vereine eignen. Wenn die Zahlstelle schreibt, es wäre uns nur darum zu tun, ihren Verband zu schädigen, so will die Zahlstelle dies nicht richtig verstehen, denn uns ist es nur um die Wahrheit zu tun und um Aufklärung unter den hiesigen Glasern zu schaffen. Wenn ferner geschrieben wird, sie gingen auf unsern Mist nicht ein, so sprechen dieselben ihr Urteil selbst, denn sie beweisen hiermit, daß es mit ihrer Bildung nicht weit her ist, jedenfalls aber an unserm Artikel nichts widerlegen können. Wenn der Anstaltsleiter der „Glaserzeitung“ bezüglich der Wahrung der Arbeiterinteressen glaubt, so wie würden am besten bei ihnen vertreten werden, so möchten wir nur eins anführen. Kollege Werle, Mitglied des Glaserverbandes, war früher bei der Firma Burkei am Zureihen der Fenster beschäftigt. Nun hat der Kollege, was wir ihm nicht verübeln, für seine verant-

wortungsvolle Arbeit geglaubt, eine Zulage verlangen zu können, andernfalls er in 14 Tagen aufhöre. Die hiesige Zahlstelle des Glaserverbandes hat sich solidarisch erklärt und sollte kein anderer an den Kollegen Werle seinen Platz gehen, um so einen Druck auszuüben, damit er seine Zulage erhalte. Aber wie war die Solidarität. Kaum war Werle draußen, so ging auch schon sein Kollege Schneider an seinen Platz und war die Firma dadurch wieder gedeckt. Nun fragen wir, wer tanzt nach der Pfote des Unternehmers, wir oder der Glaserverband? Was bezüglich der Arbeitszeit, die unsere Kollegen nicht ganz 14 Tage diesen Winter hatten, so war dieses aus Bequemlichkeitsrücksichten sowohl für unsere Kollegen wie für ihren Meister eingeführt; jedenfalls liegt der Verger darin, weil unsere Kollegen den ganzen Winter voll schaffen konnten, was bei ihnen nicht der Fall war. Was sie bezüglich der Gesellenausschuhwahl anführt, möchten wir ihnen verraten, daß wir Grund gehabt hätten, dieselbe umzuschmeißen. Da aber unsere Kollegen nicht so fanatisch sind, verzichteten sie auf solche Ehrämter gerne. Wir würden der verehrten „Glaserzeitung“ für die Zukunft empfehlen, immer höchst bei der Wahrheit zu bleiben.

Bezirk Süddeutschland. Am Ostermontag, den 12. April 1914, findet nachmittags von 3 Uhr ab im „Café Hof zum Löwen“ in Heilbronn a. Neckar, Paulinenstr. 1, eine Süddeutsche Bezirkskonferenz des Gewerbevereins der Holzarbeiter Deutschlands Tagesordnung:
1. Feststellung der Präsenzliste.
2. Wahl des Bureaus.
3. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters F. Barnholt-Ulm.
4. Diskussion und Berichte der Delegierten aus den Vereinen.
5. Vortrag über das Thema: „Wichtige Vorgänge im öffentlichen Leben und die Hauptaufgaben unserer Generalversammlung in Berlin.“ Referent: Hauptvorsitzender M. Schumacher-Berlin.
6. Diskussion und Besprechung von Anträgen.
7. Berichtedenes.
Die Vereine werden ersucht, für eine zahlreiche Besichtigung der Konferenz Sorge zu tragen. Am Ostermontag, den 13. April, findet dann im „Café Haus zur Linde“ in Heilbronn die Landesversammlung der Württembergischen Gewerbevereine statt. Die geschlossenen Verhandlungen beginnen morgens um 8 Uhr. Um 10 1/2 Uhr findet eine Öffentliche Versammlung dort statt, die sich mit der Frage des Koalitionsrechts und ihrer augenblicklichen Gefährdung beschäftigt. Es werden sprechen als Referenten die Kollegen M. Schumacher-Berlin und Gleitsauf-Berlin.

Sobubebewegung. Zugang ist fernzuhalten nach Allenstein (Firma Sawatzki), Breslau (Vintz-Hofmann-Werke) Gera, Neuf (Pianosortefabrik von Späthe).
Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Ortsvereine in den Wahlbezirken 8, 9, 13, 17 und 20 eine Stichwahl vornehmen müssen zwischen den in der vorigen „Eiche“ bekanntgegebenen Kandidaten und zwar:
im 8. Wahlbezirk Stichwahl zwischen Spittstößer-Stettin u. Truslowitz-Spandau,
im 9. Wahlbezirk Stichwahl zwischen Fischer-Rathenow u. Willahn-Lübeck,
im 13. Wahlbezirk Stichwahl zwischen Müller-Freiburg u. Rupprecht-Rangends,

im 17. Wahlbezirk Stichwahl zwischen Sandow-Jagen u. Krebber-Besel,
im 20. Wahlbezirk Stichwahl zwischen Wiederhagen u. Braig-Ulm.
Für diese Wahlen sind dieselben Bestimmungen maßgebend wie für die Hauptwahl. Die Stichwahl muß am Sonnabend, den 18. April 1914, vorgenommen werden. Das Resultat, Wahlprotokoll nebst Stimmzettel muß spätestens am Mittwoch, den 22. April, in den Händen des Revisors H. Günther, Berlin O 112, Rigaer Str. 50/51 sein. Später eingehende Resultate werden nicht mitgezählt.
Der Hauptvorstand.

Zur Aushilfe haben nachstehende Ortsvereine bzw. Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. März bis einschl. 31. März 1914 folgende Zuschüsse erhalten:
a) Gewerbevereine: Aachen 30, — Berlin 200, — Bochum 20, — Breslau 1500, — Bülow 280, — Cöln 25, — Danzig II 50, — Erlangen 50, — Frankfurt a. O. 50, — Gera 80, — Götting 30, — Gießen 40, — Hamburg 300, — Kattowitz 30, — Königsberg 30, — Laupheim 30, — Lauterbach 40, — Leipzig 25, — Mannheim 100, — Memel 30, — Raumburg 50, — Neustadt 30, — Paderborn 40, — Plettenberg 40, — Rüdolstadt 100, — Thorn 40, — Trier 20 M.
b) Krankenkasse: Aachen 15, — Altwasser 15, — Ansbach 30, — Bayreuth 30, — Berlin 200, — Biberach 75, — Breslau 286, — Bunsau 30, — Cöln 20, — Cuxhaven 105, — Duisburg 50, — Erlangen 150, — Frankfurt a. O. 125, — Freiburg 20, — Grotzenhain 32, — Hagenau 50, — Hirschberg 10, — Kassel 100, — Kassel 50, — Karlsruhe 60, — Königsberg 50, — Laupheim 120, — Leipzig 75, — Mergentheim 52, — Mülheim 20, — Mannheim 50, — Mülheim 40, — Raumburg 70, — Reutlingen a. S. 35, — Reutlingen 75, — Nürnberg I 75, — Nürnberg II 80, — Paderborn 10, — Posen 110, — Rathenow 10, — Rüdolstadt 20, — Schweidnitz 40, — Schramberg 55, — Spandau 50, — Staßfurt 20, — Stuttgart 135, — Worms 25 M.
c) Sterbekasse: Breslau 504, — Cuxhaven 90, — Dortmund 144, — Frankfurt a. O. 90, — Schweidnitz 180, — Stolp 90 M.
Berlin, den 31. März 1914.
W. Zieffe, Hauptkassierer.

Versammlungen des Orts der Holzarbeiter Berlin. Sonnabend, den 11. April 1914: Bezirk Nord und Baumschler. Abds. 6-8 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstraße 143, Zahlabend.
Mittwoch, den 15. April 1914: Bezirk Nord und Baumschler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstraße 143, Ferntrauensmännerversammlung.
Sonnabend, den 18. April 1914: Bezirk Ost und Müdelischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Roppenstr. 65, Zahlabend. Robril- und Fabrikarbeiter. Abds. 8 Uhr, b. Schröder, Stettiner Str. 50, Zahlabend. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Bollschläger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung. Bezirk Nordost. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 18, Bezirksversammlung. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mende, Culinstr. 31, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Gerdt, Beilnischstraße 1, Bezirksversammlung. Bezirk Weichensee. Abds. 8 1/2 Uhr, Baustr. 19, Ede Elshstr., b. Biedowild, Zahlabend.
Sonntag, den 19. April 1914: Einseher. Vorm. 10 Uhr, im Verbandsbause, Greifswalder Str. 221/23, Brannensversammlung.
Mittwoch den 22. April, abends 8 Uhr: Allgemeine Ferntrauensmännerversammlung im Verbandsbause, Greifswalder Straße 221/23. Tagesordnung: 1. Der Vortrag am 1. März 1914, Referent Kollege Volkman. 2. Die Frage des Arbeitsnachweises in der Gegenwart, Referent Kollege Schumacher.
Vollzähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig.
Die Verwaltung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die „Amtliche Beilage“ bei, welche dem Anschluß sofort einzuhandigen ist.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Spandau. Die Heldentat...
Unterem Kollegen Otto Schürmann zu seiner am 15. April stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Branche der Medaillisten zu Berlin.

Vom Ladendiener zum Millionär und gelehrten Gelehrten gelangte Heinrich Schliemann durch seine nach eigener, einfacher Methode erworbenen Sprachkenntnisse. Nach der Methode Schliemann zur Selbsterlernung fremder Sprachen kann jeder ohne Vorkenntnisse, ohne Plagerei mit Grammatik und Vokabeln leicht fremde Sprachen für praktischen Gebrauch erlernen. Verlangen Sie Probehefte und Aufkündigungen von Ihrem Buchhändler oder vom Verlag Wilhelm Violet in Stuttgart.

Nebenverdienst! E. M. 500-1000 per Monat. Nur für Herren. Keine Versicherung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Bequem im Hause! Ganz neue Wege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prosp. Nr. E. 14 von Adr.: Postlagerkarte Nr. 1, Hamburg 36.

Ortsverein Neufölln. Sonnabend, den 11. April 1914, 6. Kramm, Hermannstr. 199, Versammlung. Vollzähliges Erscheinen erwartet. Der Ausschuß.

Bremen. Das Sekretariat des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine befindet sich seit dem 1. April Düsternstr. 3. Telefon 9795. Durchreisende Kollegen wollen sich zuerst auf dem Sekretariat melden. S. Weisheit, Arbeitersekretär.

Birnbaumholz sowie jedes andere Nutzholz liefert billig, in Waggonladungen Franz Rosenkranz, Marburg a. d. Drau, Ostpreußen.

Thorn. Zu streuende Reklamen erhalten beim Deutschen Reichsverband der Holzarbeiter, Bereich ab: 15. Unterungang.
Aachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 M. Reiseunterstützung auf dem Arbeiterreferat Aachen. Jülicher Str. 77.

Unterem Kollegen Otto Schürmann zu seiner am 15. April stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Branche der Medaillisten zu Berlin.